

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: 08 86 848-48 ppbn d



Inhalt

Lenelotte von Bothmer
MdB, Afrika-Expertin
der SPD-Bundestagsfrak-
tion, mißtraut dem Ju-
bel über die neuen Nah-
ost-Vereinbarungen von
Camp David.

Seite 1/2

Hans Kroßmann MdL,
hessischer Kultusmini-
ster, zeigt Widersprü-
che der CDU in der Bil-
dungspolitik auf.

Seite 3/4

Karl-Heinz Saxowski
MdB, Agrarexperte der
SPD-Bundestagsfraktion,
will dem Umweltschutz in
der Landwirtschaft einen
höheren Rang zugemessen
wissen.

Seite 5/6

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 37 66 11

33. Jahrgang / 180

19. September 1978

Zu viele Fragen sind noch offen

Was sind die Abmachungen von Camp David wirklich wert ?

Von Lenelotte von Bothmer MdB

Afrika-Expertin der SPD-Bundestagsfraktion

Die Gespräche in Camp David haben doch noch ein Ergebnis gebracht - Carter hat einen Erfolg zu verbuchen. Und das ist gewiß gut.

Was aber dieses Ergebnis tatsächlich für den Nahen Osten bringt, das kann erst die Zukunft zeigen. Die Sinai-Abmachung betrifft Ägypten und Israel allein, und daß etwas derartiges der Fall sein würde, das befürchtete die übrige arabische Welt von Anfang an.

Für seine innenpolitische Situation aber ist Sadat dieser ägyptische Erfolg herzlich zu gönnen. Doch das "Aber" liegt einem schon auf der Zunge: Was ist der andere Teil der Abmachungen wert? Zu viele Fragen sind noch offen. Wird sich Israel darauf einlassen, in Westjordanien keine

neuen Siedlungen mehr zu errichten? Werden Jordanien und Saudi-Arabien in die Vereinbarungen eintreten? Ist nach den Camp David-Vereinbarungen wirklich nur an die in Westjordanien lebenden Araber gedacht, wenn es heißt: Den Palästinensern könne erst nach fünf Jahren eine Selbstregierung zugebilligt werden?

Hieß es nicht in allen Nahosterklärungen seit der UNO-Resolution 242 "Selbstbestimmung für die Palästinenser" und bedeutet das nicht einen erheblichen Unterschied? Und werden später die in der letzten Zeit entstandenen israelischen Siedlungen in den fraglichen Gebieten aufgelöst?

Es stimmt bedenklich, daß Ägyptens Außenminister Kaamel, der hier in Bonn bestens aus seiner Botschafterzeit wegen seines klugen, ausgewogenen politischen Weitblicks bekannt ist, zurückgetreten ist.

Jedenfalls ist das arabische Lager nun gespaltener als vorher. Syrien und die Palästinenser zum Beispiel mußten konkretere Ergebnisse erwarten, um zustimmen zu können. Vom Golan und von Jerusalem ist offenbar nichts gesagt worden.

Friedensgespräche im Nahen Osten aber müßten alles, was dort so brennend zur Debatte steht, berücksichtigen. Alle, die dort leben, müssen einbezogen werden - oder es wird kein Friede sein. (-/19.9.1978/vo-he/ben)

Es geht um die Zukunft der jungen Generation

Sozialdemokraten sichern das offene Bildungssystem

Von Hans Krollmann MdL
Kultusminister in Hessen

Konservative, die gegen die hessische Schulpolitik polemisieren, nehmen den Mund schon immer recht voll: Von "Gleichmacherei" in "sozialistischen Einheitsschulen" wird geschwafelt, von "Diskontabitur" und natürlich von "linker Indoktrination". Und zum Wahlkampf '78 haben sie sich etwas Neues einfallen lassen: Die Wanderprediger der CDU ziehen von Grundschule zu Grundschule und beschwören das große "Schulsterben" nach dem Wahltag, wenn weiterhin ein Sozialdemokrat im Kultusministerium das Sagen hat.

Der Widerstand gegen die von Sozialdemokraten betriebene Öffnung des Bildungssystems für Kinder aus allen Bevölkerungsschichten ist verbissener geworden. Der Grund liegt auf der Hand: Rechtskonservative und reaktionäre Kreise, für die der Hessische Elternverein und die CDU sprechen, haben begründete Angst um die Bildungsprivilegien ihrer Kinder. Denn soviel ist klar: Wenn mehr als 20 Prozent das Abitur machen, wie das in Hessen der Fall ist, dann ist die Konkurrenz um Studienplätze und gehobene Positionen im Berufsleben härter, als wenn die Abiturientenquote bei zehn Prozent liegt. Denn dann kann es schon mal vorkommen, daß der Sohn des CDU-Stadtrats das Nachsehen hat gegenüber der Tochter eines Facharbeiters. Diese Art Konkurrenz aber ist gerade denen lästig, die sonst keine Gelegenheit auslassen, von gesundem Wettbewerb und Leistungsgesellschaft zu reden.

Die Tatsache, daß in Hessen mehr Kinder höhere Bildungsabschlüsse erreichen als in CDU-regierten Bundesländern wird als "Bildungs-inflation" diffamiert, angebliche Überqualifikation wird beklagt und listig die Lösung für alle Probleme präsentiert: Die Hauptschule muß wieder Hauptsache werden!

Da werden einfach neue Zugangsbarrieren - wie beispielsweise das Grundschulabitur in Baden-Württemberg - errichtet, es wird im Alter von zehn Jahren ausgelesen, weiterführende Bildungswege werden abgeschottet und dicht gemacht. Daß dies gerade die Kinder der großen Mehrheit in unserem Lande, der Arbeitnehmerschaft, am härtesten trifft, versteht sich von selbst.

Doch die Resonanz ist heute geringer als noch vor vier Jahren; es gelingt offenbar kaum noch, den Unmut der Eltern über praktische Unzulänglichkeiten an den Schulen für die eigenen ideologischen Ziele zu mißbrauchen. Dennoch: Es kommt jetzt in Hessen darauf an, der breiten Mehrheit der Arbeitnehmer in unserem Land deutlich zu machen, daß es um die Chancen ihrer Kinder geht, die von der CDU wieder zurückgedreht werden sollen. Damit sie nicht auf Bauernfängerparaden hereinfliegen, muß klar werden, daß

- immer mehr Schüler in Hessen mittlere und höhere Bildungsabschlüsse erwerben,
- immer mehr Arbeiterkinder an hessischen Universitäten studieren (inzwischen sind es rund 17 Prozent, im Bundesdurchschnitt nur 13 Prozent),

- immer weniger Schüler hessische Schulen ohne Abschluß verlassen: Im letzten Jahr waren es nur noch rund sieben Prozent, am Schuljahresende 1971 lag der Anteil noch mehr als doppelt so hoch!

Der Weg, den Hessen mit der Öffnung seines Bildungswesens beschritten hat, ist kostspielig: Mehr als jede dritte Mark wird in die Bildung investiert. In diesem Jahr überschreiten die Personalausgaben für Lehrer erstmals die Zwei-Milliarden-Grenze. Aber gerade heute, angesichts der Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt, wird deutlich: Arbeitslosigkeit trifft diejenigen am ehesten, die keine ausreichende Qualifikation erworben haben.

Die neuen Schreckensbotschaften der CDU, die der Landesregierung und den Sozialdemokraten unterstellen, sie wollten ländliche Schulen schließen und "seelenlose Mammutschulen" errichten, lassen sich schnell als Augenwischerei entlarven: Nicht zu große Schulen sind das Problem der 80er Jahre, sondern der Rückgang der Schülerzahlen. Wo 1970 noch 100 Kinder eingeschult wurden, werden es 1983 nur noch 58 Kinder sein. Eine verantwortungsbewußte und vorausschauende Bildungspolitik muß die Zukunftschancen dieser Generation wahren. Wir werden nicht zulassen, daß eine ganze Generation von Kindern nur noch Zwergschulbildung bekommt und für das Berufsleben benachteiligt wird. Ebenso klar ist, daß dieser Schülergeneration nicht Schulwege zugemutet werden dürfen, die zu schwerwiegenden Belastungen führen. Überall dort, wo es irgend vertretbar ist, werden deshalb kleine Schulen erhalten und verstärkt mit Lehrern versorgt. Auch weiterführende Bildungsangebote in ländlichen Räumen werden erhalten: Die Gesamtschule ist am besten in der Lage, auf die rückläufige Entwicklung der Schülerzahlen zu reagieren.

Die CDU stellt sich in dieser bedeutsamen bildungspolitischen Diskussion des Jahres 1978 nicht nur reaktionär, sondern konzeptionslos dar. Sie verwickelt sich stets in neue Widersprüche: Noch vor wenigen Jahren plädierte die CDU z.B. für eine Einführung der Förderstufe im ganzen Land. Heute lehnt sie in Hessen die Förderstufe ab, obwohl CDU-Kultusminister in Niedersachsen und im Saarland sich für die obligatorische Einführung der Förderstufe ausgesprochen haben. Noch 1970 wollte die CDU in Hessen im ganzen Land kooperative Gesamtschulen einrichten, heute wird diese Schulform als "sozialistische Einheitsschule" diffamiert. Einzig erkennbares Leitmotiv der CDU-Bildungspolitik ist der grenzenlose Opportunismus. So wird Schindluder mit der Schule und den Kindern getrieben, so werden Eltern systematisch verunsichert. Es wäre fahrlässig, der Dregger-CDU das verantwortungsvolle Geschäft der Bildungspolitik in Hessen zu überlassen. Dies ginge eindeutig zu Lasten der großen Mehrheit der Kinder in diesem Land.
(-/19.9.1978/va-hu/ben)

Umweltpolitik - ein neuer Maßstab für Agrarpolitiker

Der Nachholbedarf ist noch nicht annähernd gedeckt

Von Karl-Heinz Saxowski MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Es läßt sich nicht leugnen, der Spielraum einer nationalen Agrarpolitik innerhalb der Europäischen Gemeinschaft ist enger geworden. Für die Landwirte in der Bundesrepublik ist das soziale Netz geknüpft. Verbraucherschutz und Strukturpolitik nehmen einen hohen Stellenwert ein, wenn die Mitglieder der agrarpolitischen Gremien nicht gerade mit Vorlagen der EG-Kommission überhäuft werden oder in Marktordnungsdebatten ersticken. Die Maximen der Agrarpolitik, eine Versorgung der Bevölkerung mit Agrarprodukten zu vertretbaren Preisen und Gewährleistungen von positiven Existenzgrundlagen für die Landwirtschaft, sind klar.

Sollte sich nicht aber für Agrarpolitiker, die den Umweltschutz unabhängig von der aktuellen, durch Bürgerinitiativen und Wahlerfolge grüner Listen gewichteten Tagesdiskussion sehen, ein weiterer Maßstab für die Agrarpolitik abzeichnen? Gerade die Diskussion um das Bundesnaturschutzrahmengesetz, die insbesondere den nordrhein-westfälischen Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (sowie Umwelt), Diether Deneke, auf den Plan gerufen hatte, hat gezeigt, daß der Maßstab Umwelt nicht nur diskutiert werden muß.

So einfach die Formulierung einer Forderung ist, so schwierig erscheint oftmals die Durchführung. Doch auch in diesem Punkt steht den Agrarpolitikern des Bundes und der Länder mit dem "Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" ein Instrumentarium zur Verfügung, das es zu nutzen gilt. Gerade angesichts der Diskussion um Sinn und Notwendigkeit der

Gemeinschaftsaufgaben könnte der Maßstab Umwelt sich über seine eigentliche Ziel hinaus belebend auswirken.

Eine Änderung der Förderungsbestimmungen der Gemeinschaftsaufgabe durch den Bund-Länder-Planungsausschuß könnte der "Kultivierung" von Mooren oder Feuchtgebieten Einhalt gebieten. Die Flurbereinigung, ebenfalls notwendiges Instrumentarium aktiver Agrarstrukturpolitik, könnte unter etwas verschobenen Prioritäten ablaufen. Eine Konkretisierung des Pflanzenschutzgesetzes, die Erweiterung der Prüfungsvorschriften, wäre ein weiterer Schritt.

Wer ehrlich bleiben will, muß auch angesichts der härter werdenden Diskussion einräumen, daß in den vergangenen zehn Jahren dem Naturschutz und der Landschaftspflege bei der Gesetzgebung - und nicht nur dort - Rechnung getragen worden ist. Die harten Debatten im Zusammenhang mit dem Pflanzenschutzgesetz oder aber die langen Projektlisten mit Abwasserbeseitigungsmaßnahmen bewiesen dies. Der Nachholbedarf, der sich aus der Wiederaufbauphase und dem sogenannten "Wirtschaftswunder" ergibt, ist aber bei weitem auch noch nicht annähernd gedeckt.

Die geplante Bereitstellung von 20 Millionen DM im Haushaltsplan 1979 des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten für Forschungs- und Entwicklungsmaßnahmen im Bereich der "Agrar-Umwelt-Politik", wie auf dem Weltwirtschaftsgipfel angeregt, ist sicherlich zu begrüßen. Die Durchführung und Auswertung der Forschungsarbeiten und -projekte wird aber mehrere Jahre erfordern, so daß die gewonnenen Erkenntnisse erst Mitte der 80er Jahre in die Diskussion eingebracht werden können. Die Änderung und damit verbundene Konkretisierung der verschiedensten Förderrichtlinien und Ausführungsbestimmungen unter dem stärker bewerteten Maßstab Umwelt kann aber schon jetzt durch den Bund in Absprache mit den Ländern erfolgen. (-/19.9.1978/vo-he/ben)